

Aulage 3

AG Solar City

Soziale Energiewende - PV und Solarthermie auf öffentlichen Dächern und für
Mieter umsetzen - lokal CO₂ einsparen

Klimazone Findorff-BUND-Begeno
Zwischenstand - 13 Juli 2020 - Bauausschuss Walle
Sven Punke / punke@begeno.de

Auszug Koalitionsvertrag 2019

- Wir werden die Ausbauzahlen für Photovoltaik im Rahmen eines Landesprogramms Solar Cities festlegen.
- Darin werden wir vorhandene Förderprogramme und Solarberatungsstrukturen ausbauen ...
- Wir werden alle geeigneten öffentlichen Dächer mit Photovoltaikanlagen ausrüsten, wo dies wirtschaftlich rentabel ist.
- Im Landesprogramm Solar Cities werden wir die rechtlichen Voraussetzungen für eine verbesserte Solardachnutzung schaffen.

Beschluss Bürgerschaft Juni 2020

- f. zu untersuchen und zu klären, wie Unternehmen in Bremen und Bremerhaven – insbesondere die mit großen **Hallendächern** – für eine verstärkte Nutzung der Photovoltaik gewonnen werden können;
- g. weitere **Freiflächen-Photovoltaikanlagen** zu realisieren und dafür geeignete Flächen zu identifizieren;
- h. zu prüfen, inwiefern genehmigungsrechtliche Hürden wie die Mindestabstände auf **Reihenhausdächern** reduziert werden können;
- i. zusammen mit dem Netzbetreibern ein vereinfachtes Anmeldeverfahren zum Betrieb von kleinen Photovoltaikanlagen („**Balkonsolaranlagen**“) zu realisieren;
- j. die **Solarkampagne** des Landes Bremen für private und gewerbliche Nutzer*innen mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., energiekonsens und der Verbraucherzentrale Bremen zu stärken, bekannter zu machen und auf weitere Akteur*innen auszudehnen;
- k. **Pilotprojekte** und Modelle für neue Nutzungen von Solarenergie zu entwickeln und zu fördern, insbesondere zur Überdachung von Parkplätzen und Fahrradstellplätzen mit Photovoltaikanlagen und zur Einspeisung von Wärme aus Solarthermieanlagen in Nah- und Fernwärmenetze;
- l. die **Sektorenkopplung** mittels Elektromobilität und Wärmepumpen sowie Wasserstofflösungen und Stromspeicher zu berücksichtigen;
- m. **Handwerk** und **Solarwirtschaft** zu unterstützen, u. a. bei der Ausbildung, um den stark beschleunigten Ausbau zu ermöglichen;

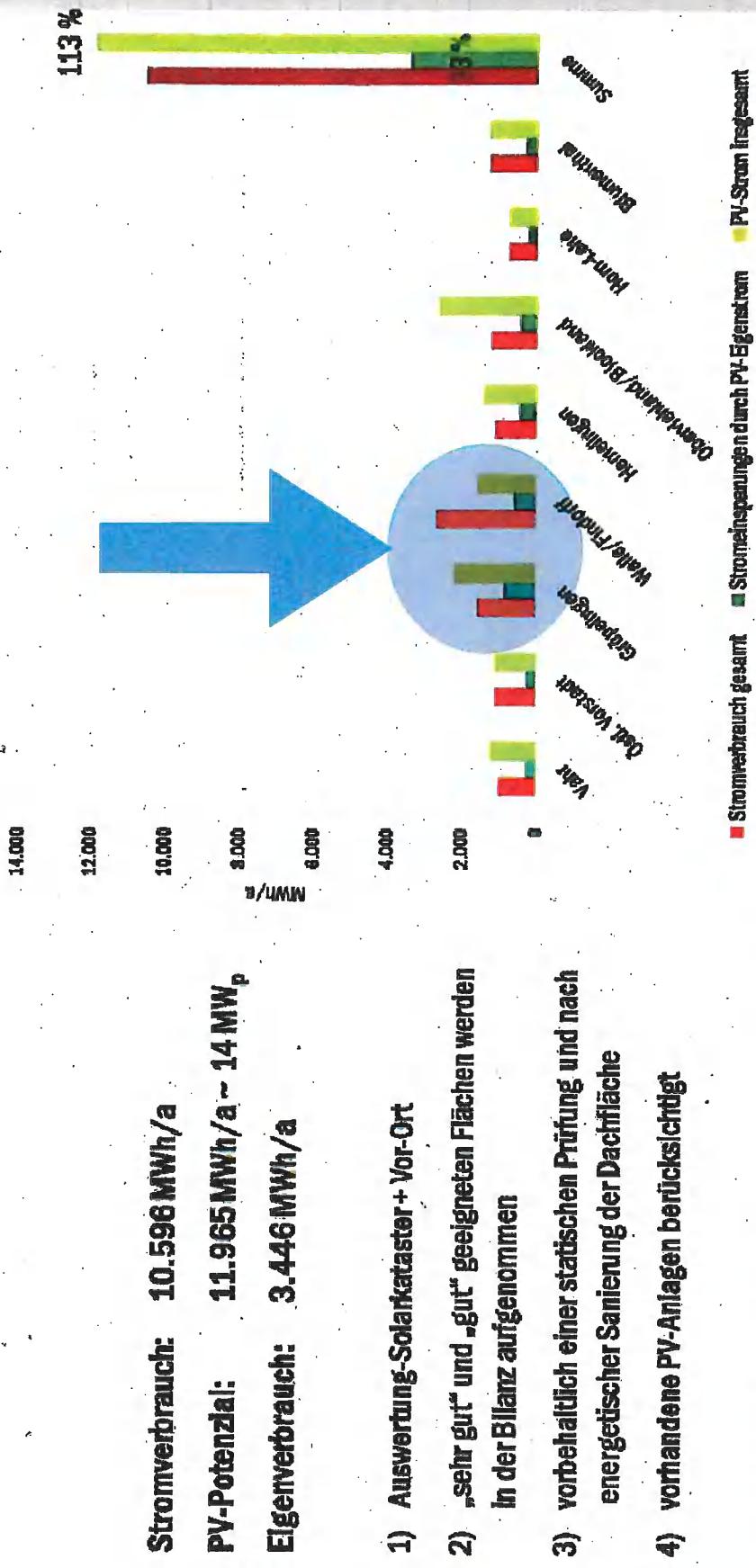
Beschluss Bürgerschaft Juni 2020

8. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Rahmenbedingungen insbesondere beim **Mieterstrom vereinfacht und verbessert werden**, die EEG-Umlage für den Eigenverbrauch im Bereich des Mieterstroms abgeschafft und die räumlichen Begrenzungen im sog. „unmittelbaren räumlichen Zusammenhang“ deutlich erweitert werden, damit Projekte im Sinne von regenerativen „Lokalstroms“ ermöglicht werden;
9. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Ausbaupfad für Photovoltaikanlagen auf mindestens 10 GW pro Jahr erhöht wird und der Stellenwert von Solarthermie im Gebäudeenergiegesetz erhöht wird;
10. sich auf Bundesebene im Gewerbesteuerricht für eine Gleichstellung beim Betrieb von Solaranlagen auf Hausdächern und dem Betrieb von Heizungsanlagen einzusetzen, damit steuerliche Hemmnisse abgebaut werden können;
11. der Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie bis zum Ende der Legislaturperiode jährlich über die Fortschritte zu berichten

Bericht 1B 1/2020 BA Findorff

immobilien
bremen

Ergebnisse PV-Potenzial 352 Gebäude

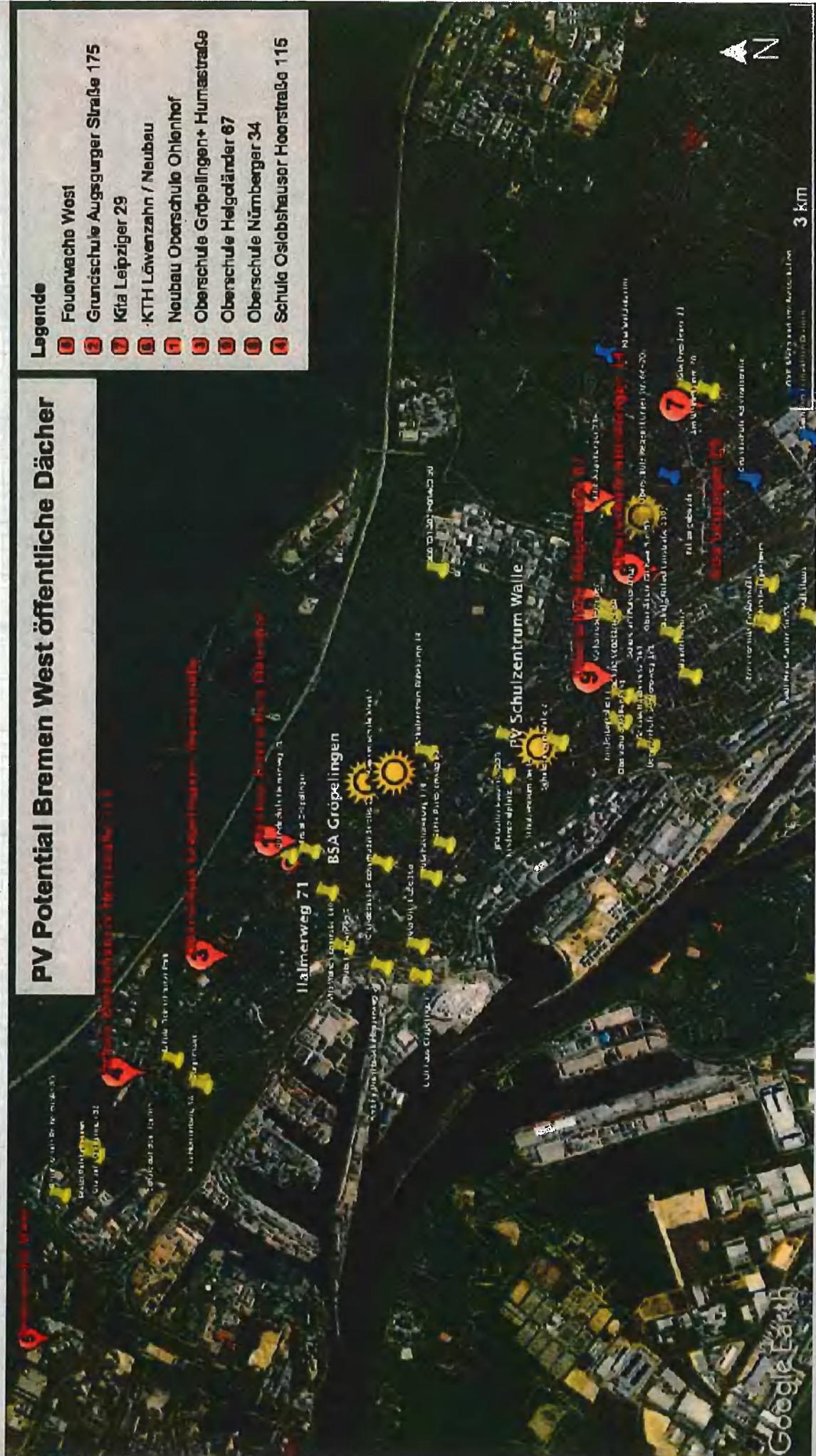


PV Potential Bremen West öffentliche Dächer

Legends

- An aerial photograph of the Augsburg West area, showing a mix of residential buildings, green spaces, and industrial structures. A prominent yellow rectangular building, identified as the KTH Lävenzahn / Neubau, is located in the upper central part of the image. A white north arrow is positioned in the top right corner, and a scale bar indicating 3 km is in the bottom right corner.

E
3



Baustandards ab 2020 für öffentliche Gebäude

5.5.2 Eigenstromversorgungsanlagen Nutzung erneuerbarer Energien

Neue Gebäude mit verschattungssarmen Dachflächen sind mit PV-Anlagen zum vorrangigen Verbrauch des erzeugten Stroms direkt in den jeweiligen Liegenschaften auszustatten, nur temporäre Überschüsse sind in das Netz einzuspeisen. Die Anlagen sind so auszulegen, dass ca. 60 – 80% des erzeugten Stroms vor Ort verbraucht wird. Sofern darüber hinaus geeignete Dachflächen zur Verfügung stehen, sollte deren PV-Eignung nicht eingeschränkt werden, um eine spätere Vergrößerung der PV-Anlagen zu ermöglichen, wenn dies durch Änderungen der technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen wirtschaftlich interessant wird.

Begrünungsortsgesetz Bremen § 4 / Begrünung von Flachdachflächen

(1) Flachdachflächen ab insgesamt 100 m² sind flächig und dauerhaft zu begrünen, soweit die Beschaffenheit, Konstruktion und Gestaltung der Dachfläche es zulässt und durch die Maßnahme keine unzumutbaren Mehrkosten entstehen. Die durchwurzelbare Gesamtschichtdicke muss mindestens 10 cm betragen.

Anregungen zum Ausbau von PV-Anlagen auf öffentlichen Dächern

Offener Brief an die Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen und die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie den Senator für Finanzen

1. Hintergrund

Um die bisherige bremische Stromerzeugung hauptsächlich auf Basis von Steinkohle möglichst bald durch erneuerbare Energien zu ersetzen, gibt es in Bremen vor allem erhebliche Potenziale bei Solarstrom (Photovoltaik). Die rot-grün-rote Koalition hat sich in ihrer Vereinbarung für die laufende Legislaturperiode vorgenommen, dass Bremen eine „*Vorreiterrolle beim Klimaschutz*“ spielen soll und dass sie „*alle geeigneten öffentlichen Dächer mit Photovoltaikanlagen ausrüsten [wird], wo dies wirtschaftlich rentabel ist ...*“

Aktive aus dem Verein Klimazone Findorff e.V. haben in Kooperation mit dem BUND Bremen e.V. und der Greenpeace Gruppe Bremen eine übergreifende Arbeitsgruppe „PV auf öffentlichen Gebäuden“ mit dem Ziel gegründet, den Ausbau von PV-Anlagen in den Stadtteilen auf öffentlichen Dächern zu unterstützen. Ausgehend von Findorff soll dies im ersten Schritt am Beispiel des Ortsamtsgebietes West erfolgen.

2. Strategievorschlag

Als planerische Grundlagen für die Wahl geeigneter Standorte von PV-Anlagen stehen für zahlreiche Stadtteile aktuelle „Klimaschutzeilkonzepte“ (KSTK) zur Verfügung, die im Auftrag von Immobilien Bremen erstellt wurden, so auch z. B. für Findorff, Walle und Gröpelingen (jeweils Stand März 2018).

Für Findorff und Walle werden darin 33 wirtschaftliche PV-Maßnahmen auf öffentlichen Dächern ausgewiesen, für Gröpelingen 35 Maßnahmen. Durch die Ersparnis von Stromkosten (Eigenverbrauch) und die Einnahmen durch Einspeisung überschüssigen Stroms zählen PV-Anlagen über 20 Jahre gerechnet zu den wirtschaftlichsten Maßnahmen, um im Gebäudektor CO₂-Emissionen zu senken. In Anbetracht der angespannten Haushaltsslage ist es wichtig, gerade solche Maßnahmen der CO₂-Reduktion anzugehen, die den Haushalt nur wenig belasten, um Investitionsmittel, die für die ausstehenden Sanierungs- und Baumaßnahmen benötigt werden, nicht zu verbrauchen.

Für die 33 PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden in Findorff und Walle wurden 2018 im KSTK Investitionen von ca. 4 Mio. € (S. 31) sowie eine Amortisation nach ca. 13 Jahren abgeschätzt.

Die Förderung der Erneuerbaren Energien ist weiten Teilen der Bevölkerung ein wichtiges Anliegen und die Bereitschaft ist groß, sich an entsprechenden Projekten finanziell zu beteiligen. Alternativ zur Umsetzung und Betrieb der PV-Anlagen durch Immobilien Bremen ist deswegen auch eine